

Beschluss des Landesparteitags der FDP Bremen am 20. November 2021

Strategie der FDP Bremen gegen Antisemitismus

In diesem Jahr feiern wir „1.700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“. Auch nach der Befreiung vom Nationalsozialismus blieb Antisemitismus verschiedener Ausprägungen bis heute in der Gesellschaft bestehen. Synagogen müssen umzäunt und bewacht werden, Jüdinnen und Juden könne ihren Glauben nicht überall frei zeigen, jüdische Schülerinnen und Schüler werden auf den Schulhöfen und in sozialen Netzwerken beleidigt. Dies sind nur ein paar Beispiele, die zeigen, dass ein Leben, wie es für die Mehrheitsgesellschaft der Fall ist, für Jüdinnen und Juden in Deutschland und auch in Bremen nicht möglich ist. Gerade in letzter Zeit häuften sich aufgrund der aktuellen Konflikte im Nahen Osten antisemitische Vorfälle. Für uns Freie Demokraten gehört Jüdisches Leben selbstverständlich zu unserer Kultur und wir erachten Jüdinnen und Juden als bereichernden Teile unserer Gesellschaft. Wir wollen nicht, dass das „Nie wieder!“ bloß eine hohle Phrase ist, sondern wollen uns aktiv gegen jede Art von Antisemitismus, antisemitisch motiviertem Hass und Vorurteilen einsetzen. Daher fordern wir:

Wir Freien Demokraten fordern eine wissenschaftliche Studie an den Bremer Schulen, die empirisch untersucht, von wem und in welcher Dimension Antisemitismus ausgeht, wie die Meldewege für entsprechende Beobachtungen sowohl schulintern als auch zur Schulaufsichtsbehörde und zu den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren sind, wie Sanktionen aussehen und wann sie verhängt werden und welche Hilfsangebote den Akteuren zur Verfügung stehen. Aus den Ergebnissen sollen für alle Bremer Schulen einheitlich geltende und verbindliche Handlungsgebote bei Fällen von Antisemitismus abgeleitet werden.

Außerdem wollen wir, dass antisemitische Straftaten, insbesondere solche, die in den sozialen Netzwerken und in den Schulen begangen werden, künftig im Bremer Verfassungsschutzbericht separat erfasst und eindeutig aufgeschlüsselt werden nach rechts-, links- und islamistisch-motiviert. Damit soll eine bessere Prävention vor solchen Straftaten ermöglicht werden.

Angesichts unserer Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialisten an den Juden Europas, ihrer Entrechtung und Vertreibung, wollen wir neben der bereits im Geschichtsunterricht stattfindenden Auseinandersetzung mit dem Holocaust auch eine stärkere Auseinandersetzung mit der Gründungsgeschichte des Staates Israel und eine Fokussierung auf das heutige Jüdische Leben in seiner Vielfalt in ganz Deutschland im bremischen Politik-, Soziologie- und Gemeinschaftskundeunterricht durchsetzen. Denn nur Wissen verhütet langfristig Vorurteilsbildung und Antipathie.

Vor dem Hintergrund, dass es in absehbarer Zeit keine lebenden Zeitzeugen der NS-Zeit mehr geben wird, die von ihren Erfahrungen berichten können, setzen wir Freien Demokraten uns für verpflichtende Besuche von KZ-Gedenkstätten für alle Schülerinnen und Schüler ein. Dadurch soll der drohenden Verblässung der Erinnerung an den Holocaust in der Generation der heute unter 20-Jährigen aktiv entgegen gewirkt werden.

Wir fordern eine Meldepflicht für antisemitische Vorfälle an Schulen nach dem Vorbild von u.a. Hessen, Berlin und Baden-Württemberg und folgen damit der Forderung des Antisemitismus-Beauftragten des Bundes. Der Mechanismus dafür muss behördlich organisiert und gebündelt werden, gleichzeitig müssen die Hilfsangebote (bspw. durch REBUZ) aber unbürokratisch und schnell abrufbar für die Schulen sein.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit mit offen antiisraelischen und antisemitischen Vereinen, Moscheen und Organisationen auf Stadt- und Landesebene beendet wird und diese auch keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten. Aufrufe zur Zerstörung Israels und Hass gegen Jüdinnen und Juden wurzeln oft hier und münden – wie jüngst in vielen deutschen Städten – in antisemitischen Aufmärschen mit hunderten Teilnehmern.

Weiterhin ist ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung von Imamen zu legen. An staatlichen Universitäten sollte es vermehrt die Möglichkeit geben, eine Imamausbildung auf dem Boden des Grundgesetzes abzulegen. Hiermit wollen wir eine Alternative dazu schaffen, dass die Imamausbildung in einigen Fällen durch ausländische Staaten beeinflusst werden kann. Dies hilft auch der großen Mehrheit an Muslimen in Deutschland, die die freiheitlich demokratische Grundordnung respektieren und mit radikalen Ideologien nichts gemein haben.

Zur Eindämmung und Bekämpfung von Antisemitismus im Internet und in den Sozialen Medien fordern wir Folgendes: Von der Landesebene aus muss auf das Bundesministerium für Justiz & Verfassung so eingewirkt werden, dass dieses die Betreiber Sozialer Medien und Messenger-Dienste anhält, die Namen der User zu überprüfen, um Fake-Profile besser erkennen, um diese dann gegebenenfalls entfernen zu können. Außerdem sollen die Plattformbetreiber ihre Mitarbeiter in größerem Umfang darin schulen, antisemitische Inhalte besser erkennen und darauf entsprechend ihrer Verpflichtungen reagieren zu können. Außerdem wollen wir, dass es Opfern von Ehrverletzungsdelikten erleichtert wird, den Rechtsweg zu beschreiten und gegen die Urheber vorzugehen. Die Plattformbetreiber sollen verpflichtet werden, bei rechtswidrigen Äußerungen Auskunft zu den Daten des Urhebers zu erteilen. Die Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche wegen Ehrverlet-

zungsdelikten muss hier ebenso einfacher werden wie die Erteilung der gerichtlichen Anordnung zur Auskunft beim zuständigen Landgericht.

Das Land Bremen muss die Prävention von Antisemitismus stärker fördern. Hierzu muss es Aussteigerprogramme aus rechtsextremen, linksextremen, als auch islamistischen Vereinigungen geben, in denen Antisemitismus propagiert wird. Als Freie Demokraten wollen wir einen offenen Dialog zwischen allen Weltreligionen fördern und fordern. Offene Gespräche müssen geführt werden können, sowohl über religiöse Gemeinsamkeiten als auch über Differenzen und über Konflikte wie die aktuelle Situation im Nahen Osten. Hierzu fordern wir die Einrichtung einer interkulturellen Dialogplattform. Denn erst wenn wir uns kennengelernt haben, offen und ehrlich miteinander umgehen, können wir Vorurteile abbauen und gegenseitige Sympathien entwickeln, die wiederum Grundlage für ein vielfältiges und freies Miteinander ist. Daher bewerten wir Freie Demokraten die Ende 2019 erfolgte Gründung des „Forums zur Förderung des Jüdischen Lebens im Land Bremen“ als äußerst positiv. Wir unterstützen die Idee, dass sich verschiedene gesellschaftliche Akteure wie zum Beispiel die christlichen Kirchen, muslimische Religionsgemeinschaften, Unternehmensverbände und Vertreter der Politik für das Jüdische Leben in der Stadt engagieren und gemeinsam an einer Normalisierung des Umgangs miteinander arbeiten.